einer für das Stahlkombinat Baoshan bei Shanghai vorgesehenen Heißwalzstahlanlage zu zahlen. Nach siebenmonatigen Verhandlungen wurde nun vereinbart, daß die Japaner ca. 9 Mrd. Yen (39 Mio. US\$) erhalten, etwa die Hälfte dessen, was sie gefordert hatten. Die Mitsubishi-Gruppe habe bereits eine Vorauszahlung von 8 Mrd. Yen erhalten, die bei der jetzt getroffenen Vereinbarung berücksichtigt worden sei; der Saldo werde innerhalb eines Jahres fällig.

Die Mitsubishi-Gruppe hatte den Auftrag in Höhe von 85 Mrd.Yen im August 1980 erhalten. Anfang dieses Jahres wünschten die Chinsesen eine Stornierung dieses Auftrages, schlugen danach einen Aufschub um fünf Jahre vor, kamen aber schließlich wieder auf ihren Wunsch nach Stornierung zurück. Mitsubishi scheint sich mit der Hälfte der zunächst geforderten Entschädigungssumme zufrieden gegeben zu haben, weil die Chinesen einen ähnlichen Auftrag in Aussicht gestellt haben, falls die zweite Ausbaustufe des Baoshan-Kombinats später in Angriff genommen werden sollte (AWSJ, 27.8.81, und MD, 26.8.81).

WIRTSCHAFT

(25) Neue Direktiven für die Wirtschaftssonderzonen

Nach einer Meldung der in Hong Kong erscheinenden Zeitung Ta Kung Pao sind nun unter Leitung des Staatsrats 10 Punkte für die Gestaltung und Verwaltung der im Aufbau befindlichen vier Wirtschaftssonderzonen beschlossen worden. Die Durchführung obliegt den Behörden der Provinzen Guandong und Fujian, in denen die Sonderzonen liegen. Das neue Konzept hat folgenden Inhalt:

- 1. Die Gebiete Shenzhen (nördlich von Hong Kong) und Zhuhai (nördlich von Macao) werden zu wirtschaftlichen Mehrzweckzonen (Industrie, Land- und Viehwirtschaft, Handel, Wohnungsbau und Tourismus) entwickelt. In Xiamen (Provinz Fujian) und Shantou (im Osten der Provinz Guangdong) wird das Schwergewicht auf der Exportveredelung liegen; der Tourismus wird dort als Nebenerwerbsquelle betrachtet.
- 2. Importen wird in den Wirtschaftszonen Vorzugsbehandlung gewährt. Sobald die Zonen gegenüber den umliegenden Gebieten wirksam abgegrenzt sind, wird der Import von Materialien für Produktion oder Konsum von Steuern/Zöllen befreit werden. Ausgenommen sind Zigaretten, alkoholische Getränke und einige andere Güter, die jedoch nur zu 50% des Normaltarifs besteuert werden sollen. Bei der Ausfuhr aus diesen Zonen in andere Gebiete des Landes werden Einfuhrzölle fällig.
- 3. Die Grenzübergangskontrollen sollen vereinfacht werden. Visa für Ausländer und Oberseechinesen werden nach Genehmigung durch die Zonenbehörden erteilt. Für Besucher mit hoher Reisefrequenz werden Dauervisa bis zu einem Jahr Gültigkeit erteilt.
- 4. Angestellte und Arbeiter der in den Zonen angesiedelten Betriebe werden auf vertraglicher Grundlage beschäftigt. Die Betriebe haben das Recht, in Fragen der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften selbst zu entscheiden. Die Löhne sollen aus zwei Teilen bestehen: Grundlohn und variabler Zuschlag. Pensionen und Versorgungszah-

lungen sollen auf längere Sicht für alle Zonen einheitlich geregelt werden.

- 5. Die Sonderzonen können innerhalb des allgemeinen Rahmens der vom Staat verfolgten einheitlichen Außenhandelspolitik ihre Außenhandelsbeziehungen selbständig gestalten. Der Binnenhandel soll hauptsächlich durch staatliche Handelsorganisationen betrieben werden. Den Zonenverwaltungen wird erlaubt, Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Firmen zu gründen. Die Einfuhr notwendiger Güter soll erlaubt werden.
- 6. Zur Zeit ist nur die chinesische Währung in den Zonen erlaubt, nur in Ausnahmefällen sind ausländische Währungen in Gebrauch. Die Volksbank prüft nun die Möglichkeit, eine spezielle Währung für Shenzhen einzuführen. In Hong Kong ansässige chinesische Banken sollen das Recht haben, in den Zonen Filialen zu eröffnen. Auch soll nach und nach einer ausgewählten Zahl ausländischer Banken die Eröffnung von Niederlassungen gestattet werden. Die staatliche Devisenkontrollbehörde wird in den Zonen Zweigstellen errichten.
- 7. Die Entwicklungsmittel für die Zonen werden einerseits aus dem Ausland kommen, andererseits soll der Staat, soweit die Voraussetzungen es erlauben, angemessene Kreditfonds in chinesischer Währung zuteilen.
- 8. Flughäfen, Häfen, Eisenbahnen und Telekommunikationseinrichtungen können mit Auslandsinvestitionen entwickelt werden und entweder von den Zonen selbst oder in Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen, die das Gewinn- und Verlustrisiko selbst zu tragen haben, betrieben werden.
- 9. Vom Ständigen Ausschuß des Volkskongresses der Provinzen Guangdong und Fujian sollen gewisse Sonderbestimmungen und -verordnungen für die Zonen erlassen werden.
- 10. Die Zonenverwaltungen sollen modernisiert werden und mit entsprechenden Befugnissen für ein unabhängiges Management ausgestattet werden. Die Sicherheitsvorkehrungen sollen verstärkt werden, um Recht und Ordnung in den Zonen zu gewährleisten. Die Abgrenzung der Zonen soll so schnell wie möglich erfolgen; Grenzposten und Polizeikräfte sollen die Bewachung übernehmen (TKP, 20.-26.8.1981)

(26) Finanzministerium experimentiert mit der Mehrwertsteuer

Das Finanzministerium hat kürzlich beschlossen, mit einer Art von Mehrwertsteuer zu experimentieren. Zunächst einmal wurden Industriebetriebe, die Maschinen für die industrielle Verwendung, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Maschinen für den täglichen Gebrauch herstellen, in den Versuch einbezogen. Die Steuerrate beträgt 6% für landwirtschaftliche Maschinen, Ersatz- und Zubehörteile und 10% für Industriemaschinen und Maschinen für den täglichen Gebrauch. Auf Produkte, die bereits mit der Mehrwertsteuer belastet worden sind, werden keine weiteren Steuern mehr erhoben.

Das Experiment soll nach offizieller Darstellung Ergebnisse für die Reform des Steuersystems liefern. Im vergangenen Jahr hatte das Finanzministerium bereits in einigen wenigen Betrieben in Shanghai, Liuzhou und Xiangfan "mit relativ guten Ergbnissen" mit der Mehrwertsteuer experimentiert. Weitere Versuche in verschiedenen Regionen und in ausgewählten Industriebetrieben sollen folgen, um noch mehr Erfahrungen zu gewinnen.

Das gegenwärtig verwendete System der Industrie- und Handelssteuer basiert auf dem Bruttoprinzip, d.h., der Gesamtumsatz des Betriebes gilt als Grundlage für die Besteuerung. Dadurch sind – wie dies früher auch in westlichen Ländern der Fall war – Betriebe benachteiligt, die zur Erstellung ihrer Produkte einen hohen Anteil von Vorlieferungen benötigen; vertikal gegliederte Betriebe, die – Roh- und Hilfsstoffe eingeschlossen – alles unter einem (Unternehmens-) Dach produzieren, haben Wettbewerbsvorteile. Das der Mehrwertsteuer zugrunde liegende Nettoprinzip erfaßt nur den tatsächlichen Wertzuwachs, der durch die Betriebstätigkeit erzielt wird.

Das Bruttoprinzip verhinderte die Arbeitsteilung und Spezialisierung der Betriebe, die für eine entwickelte Wirtschaft geradezu konstitutiv sind. Die Mehrwertsteuer wird von chinesischer Seite als ein Mittel zur besseren Realjustierung der Wirtschaft angesehen (SWB, 24.8.81).

(27) Konzentrationsmaßnahmen in der Automobilindustrie sollen Effizienz fördern

Nach Zhang Xingye, dem stellv. Direktor des Hauptamtes für die Automobilindustrie im 1. Maschinenbauministerium, muß Chinas Automobilindustrie reorganisiert werden, um eine größere Effizienz zu erreichen. Im letzten Jahr produzierte China ca. 220.000 Motorfahrzeuge in mehr als 250 Fabriken, von denen einige nur ein paar Dutzend Fahrzeuge im Jahr herstellen. In Changchun (in der Nordost-Provinz Jilin) wurden 1980 67.000 Fahrzeuge produziert; aus der Provinz Hubei kamen 31.000 Fahrzeuge, und ein Betrieb in Nanjing produzierte 15.000 Fahrzeuge. Bei diesen Fahrzeugen handelt es sich vorwiegend um Lastkraftwagen; die meisten Personenwagen werden in Shanghai hergestellt (1980: 4.500 Stück).

Als ein erster Schritt zur Konzentration der Produktion wird die Gründung der East Wind Integrated Automobile Corp. betrachtet. Die Zentrale dieses Unternehmens befindet sich in Shiyan in der Provinz Hubei. Von dort aus werden Betriebe in Urumqi (im Nordwesten), Chongqing (im Südwesten), Hangzhou (an der Ostküste) und Canton (im Süden) zusammengefaßt. Nach Zhang Xingye sollen sich die einzelnen Betriebe spezialisieren, damit Doppelproduktionen vermieden werden können. Weitere Zusammenschlüsse nach dem Modell der East Wind Integrated Automobile Corp. sind geplant (AWSJ, 21.7.1981).

(20) Steigender Lebensstandard, ungleiche Einkommensverteilung in China

Das staatliche Amt für Statistik hat neue Zahlen über den Lebensstandard in China veröffentlicht. Danach betrug der Pro-Kopf-Konsum in China im Jahre 1980 224 Yuan. Verglichen mit dem Jahr 1952 war dies ein Zuwachs um 99% oder eine jährliche Zuwachsrate von 2,5%.

Der Pro-Kopf-Getreidekonsum stieg auf 213,8 kg im Jahre 1980, 8,2% mehr als 1952. Weitere Zahlen für den Vergleichszeitraum sind: pflanzliches Öl 2,3 kg (Zuwachs 9,8%), Schweinefleisch 11,15 kg (88,6%), Zucker 3,85 kg (320%),

Stoff 10 m (76%). Beim Stoff gab es Unterschiede zwischen Stadt und Land: Städter kauften 1980 durchschnittlich 16,3 m (Zuwachs gegenüber 1952 21,9%), Bauern kamen auf 8,6 m (85,6%).

Nach Angaben des staatlichen Amtes für Statistik gab es 1980 46 Mio. Nähmaschinen, das war eine Maschine für jeden zweiten städtischen Haushalt und eine Maschine für 5,7 ländliche Haushalte. Es gab 96,17 Mio. Fahrräder; auf einen städtischen Haushalt entfielen 1,2 Fahrrad und auf drei ländliche Haushalte ein Fahrrad. Jeder zweite Stadtbewohner besaß eine Armbanduhr, während nur jeder 17. Landbewohner eine Armbanduhr sein eigen nennen konnte (XNA, 13.8.81).

In dem kürzlich erschienenen Weltentwicklungsbericht der Weltbank sind aggregierte Zahlen über die Einkommensverteilung enthalten, die die in den oben genannten Zahlen zum Ausdruck kommenden Unterschiede zwischen Stadt und Land widerspiegeln. Das durchschnittliche Einkommen in der industriell hochentwickelten Region von Shanghai ist etwa fünfmal so hoch wie in der ämmsten Provinz Guizhou. 40% der Chinesen beziehen nur 18% des Gesamteinkommens, während die wohlhabendsten 20% der Bevölkerung etwa 40% der Einkommen erhalten. Diese Einkommensverteilung unterscheidet sich nicht wesentlich von der anderer asiatischer Entwicklungsländer mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen wie z.B. Pakistan und Bangladesh. Im Unterschied zu diesen Ländern werden in China die Bezieher niedriger Einkommen jedoch weitaus besser mit den wichtigsten Gütern und Dienstleistungen versorgt, was an den Indikatoren für die Lebensqualität abgelesen werden kann. So betrug die Lebenserwartung nach Angaben des staatlichen Amtes für Statistik in China 1978 68 Jahre (nach dem Weltentwicklungsbericht 1979 64 Jahre), während sie in Bangladesh nach dem Weltentwicklungsbericht für 1979 49 Jahre und für Pakistan 52 Jahre betrug (World Bank, World Development Report 1981, Washington D.C., August 1981; FR, 27.8.81).

-lou-

(29) Unregelmäßigkeiten und falsche Buchführung bei den Petrochemischen Werken Jinan

Im Sinne der vom Staatsrat erlassenen "Entschließung zur Sicherstellung ausgeglichener Staatseinnahmen und -ausgaben und zur Durchsetzung korrekter Finanzverwaltung" haben das städtische Finanz- und Steueramt von Jinan und die Finanzgesellschaft der Provinz Shandong die Buchführung der Petrochemischen Werke Jinan für das Jahr 1980 geprüft. Nach einer mehr als zwei Monate dauernden Prüfung stellte sich heraus, daß Unregelmäßigkeiten der verschiedensten Art vorgekommen sind. Nach einer Aussage eines Mitglieds des Staatsrates gingen die an den Staat überwiesenen Gewinne der Betriebe zurück, was in großem Maße auf eine chaotische Rechnungsführung sowie mangelnde finanzielle und wirtschaftliche Disziplin zurückzuführen sei. In diesem Sinne können die in Jinan festgestellten Unregelmäßigkeiten symptomatisch auch für andere Betriebe sein.

Im einzelnen ergab die Prüfung der Petrochemischen Werke folgendes Bil: "Es waren alle Methoden angewandt worden, um die Produktionskosten falsch auszuweisen; 4,5 Mio.Yuan an Einnahmen wurden zurückgehalten, die an den Staat hätten überwiesen werden müssen. Diese Summe entsprach 12,5% der Gewinne, die überwiesen worden waren. Die Fälschungsmethoden werden in vier Hauptpunkten zusammengefaßt:

1. Verletzung finanzieller und wirtschaftlicher Vorschrif-

-lou-

ten; vorsätzliche Zurückhaltung von Gewinnen.

Wenn bei den monatlichen Kostenkalkulationen festgestellt wurde, daß die tatsächlichen Kosten niedriger waren als die von den Behörden festgesetzten Normkosten, wurden die niedrigen Kosten hinaufmanipuliert und die so erzielten Überschüsse auf ein Konto "Preisdifferenzen für Materialien" verbucht. Auf diese Weise wurden im Jahre 1980 850.000 Yuan erzielt. Es wurden auch Gewinne aus dem Verkauf von Materialien und Abfallprodukten zurückgehalten, die an den Staat hätten transferiert werden müssen. Gegen Ende 1980 erzielten die Petrochemischen Werke beispielsweise einen Gewinn von insgesamt 1,26 Mio. Yuan für den Verkauf zweier Produkte. Die staatliche Finanzabteilung gab die Anweisung, diese Gewinne zu überweisen, doch wurde dies mit der Begründung zurückgewiesen, man benötige die Mittel für den unzureichend ausgestatteten Investbaufonds.

2. Die Einbeziehung großer Summen nicht-produktiver Ausgaben in die Produktionskosten.

Ausgegebene Fondsmittel in Höhe von 1,12 Mio. Yuan für spezielle Ingenieursprojekte und Aktiva wurden als Produktionskosten ausgewiesen. Ebenso wurden Ausgaben für den Investbau und für Großreparaturen in Höhe von 440.000 Yuan und Ausgaben für den Wohlfahrtsfonds in Höhe von 200.000 Yuan als Produktionskosten verbucht.

3. Verschwendung von Staatseigentum sowie ein alarmierendes Ausmaß von Zügellosigkeit.

1980 besaß die Fabrik sieben Limousinen – mehr als nach normalem Standard ihr zustehen –, die für nicht-produktive Zwecke verwendet wurden. Im April 1980 wurde die Genehmigung erbeten, weitere Limousinen zu kaufen. Für fast 25.000 Yuan wurde auch eine große Anzahl von elektronischen Taschenrechnern gekauft; fast jeder der mehr als 200 Verwaltungsangestellten besaß einen Taschenrechner.

4. Veruntreuung aus Eigennutz und die Einrichtung von "Kleingeldkassen".

Insgesamt waren im ganzen Betrieb, angefangen vom Büro des Direktors bis hinunter zu den verschiedenen Abteilungen, Büros und Werkstätten, 24 illegale "Kleingeldkassen" eingerichtet worden. Um diese Kassen zu füllen, wurden gebrauchter Stahl, NE-Metalle, Ersatzteile usw. willkürlich verkauft. Nach unvollständigen Statistiken betrug das so zusammengekommene Geld im Jahre 1980 mehr als 9.740 Yuan. Es wurde für zügelloses Essen und Trinken ausgegeben. Da einzelne Abteilungen ausrangiertes oder gebrauchtes Material ohne Belege verkauften, entstand ein Durcheinander, das es "schlechten Elementen" erlaubte, im Trüben zu fischen. So verkauften beispielsweise der Leiter und ein Angestellter der Motortransport-Abteilung des Betriebes ein noch betriebsfähiges Motor-Dreirad für 700 Yuan in bar. Sie zahlten 300 Yuan in die "Kleingeldkasse" ein und verteilten den Rest unter sich. Noch ernster wäre, so der Bericht, die Tatsache zu bewerten, daß die Sektionen für Finanzen und Disziplinarüberwachung des Betriebes offensichtlich jene Leute schützten, die Unregelmäßigkeiten begangen hätten (SWB, 31.7.81). -lou-

(30) Institut für internationales Wirtschaftsmanagement gegründet

In Shanghai hat ein Institut für internationales Wirt-

schaftsmanagement die Arbeit aufgenommen. Zu seinem Präsidenten wurde Yao Nai, der zugleich Präsident der Chinesischen Finanzgesellschaft und des Shanghai-College für Finanzen und Wirtschaft ist, gewählt. Aufgabe des neuen Instituts ist unter anderem die Ausbildung von Fachleuten für Weltwirtschaft. Es sollen akademische Austauschprogramme mit ausländischen Wirtschaftsorganisationen auf dem Gebiet der Ausbildung und Forschung durchgeführt werden. Geplant sind auch ein Ausbildungssinstitut für Finanzfachleute sowie ein finanzwissenschaftliches Forschungs- und Beratungsinstitut (NfA, 28.7.81).

(31) Minister für Kohleindustrie übt Selbstkritik

Auf einer Konferenz über die Kohleförderung in den staatlichen Zechen am 18.8.81 übte Gao Yangwen, der Minister für die Kohleindustrie, Selbstkritik. Die unbefriedigende Kohleförderung in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sei hauptsächlich auf das ineffiziente Management und fehlenden revolutionären Enthusiasmus zurückzuführen; er selbst sei im wesentlichen dafür verantwortlich. Im einzelnen führte Gao aus, daß nur 29 der 81 staatlich kontrollierten Zechen in den ersten sieben Monaten die Plane erfüllt hätten. Der ebenfalls an der Konferenz teilnehmende erste stellvertretende Ministerpräsident Wan Li teilte mit, daß die Parteikomitees und Regierungen der Provinzen für den Rückgang der Kohleproduktion verantwortlich gemacht würden (SWB, 3.9.81).

1979 belief sich die Kohleproduktion auf 635 Mio.t, was gegenüber 1978 eine Steigerung von 2,8% bedeutete. 1980 sank nach dem Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1980 vom 29.4.81 die Produktion aber wieder auf 620 Mio.t; diese Zähl wurde in einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom 26.6.61 auf 610 Mio.t nach unten korrigiert.

(32) Sommergetreide-Ernte erreicht 60 Mio.t

Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua belief sich die Ernte an Sommergetreide – hauptsächlich Weizen und Gerste – auf 60 Mio.t, das ist eine Zunahme um 3 Mio.t gegenüber dem Vorjahre. Dieses Ergebnis wurde trotz einer Verringerung der Anbaufläche um 1,3 Mio.ha und unter unvorteilhaften Wetterbedingungen erreicht. Nach der Aussaat im Herbst setzte eine fast 200tägige Trockenperiode ein, die Chinas Hauptweizenanbaugebiete im Bereich des mittleren und unteren Laufes des Gelben Flusses sowie in den Ebenen des Nordens traf. Normalerweise beginnen die Regenfälle im April – in diesem Jahre setzten sie erst Ende Juni ein. Ferner wurden ca.1 Mio.ha Weizenfelder in den Provinzen Hebei, Shandong, Henan und Shanxi durch eine Kaltwetterperiode im Frühjahr vernichtet (SWB, 26.8.81).

Das bis zum 25.Juli 1981 an den Staat abgelieferte Sommergetreide belief sich auf 9,615 Mio.t. Dieses Quantum übertraf das Vorjahresergebnis um 2,15 Mio.t und lag mit 315.000 t über dem Planansatz (XNA, 30.7.81).

Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums wurden 3,4 Mio.t Rapssamen geerntet, 50% mehr als im Jahre 1980. Dieses gute Ergebnis ist jedoch auf eine Ausweitung der Anbaufläche zurückzuführen. Sie betrug in diesem Jahr 3,6 Mio.ha, 1 Mio.ha mehr als im vergangenen Jahr (SWB, 26.8.81).

(33) Umsatzsteigerungen auf den ländlichen Märkten

Nach einer auf 206 ländlichen Märkten in China durchgeführten Untersuchung stieg das Umsatzvolumen in der ersten Hälfte dieses Jahres um 30% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. 1980 betrug der auf den 38.000 ländlichen Märkten erzielte Umsatz 211,1 Mrd. Yuan. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres sanken die Preise für Getreide um 3% und für öle um 5,6%; die Durchschnittspreise für andere Güter stiegen um 5% (XNA, 22.7.81).

HONG KONG

(34) Zehnjahresplan trotz Ungewißheit der politischen Zukunft

Die Regierung von Macao hat in Zusammenarbeit mit Geschäftsleuten einen Zehnjahresplan zur Entwicklung der portugiesischen Oberseeprovinz ausgearbeitet, der Gesamtinvestitionen von 4 Mrd.HK\$ vorsieht. Insgesamt sollen 20 große Projekte in Angriff genommen werden, die vor allem Land aus dem Meer gewinnen und namentlich den beiden Inseln Taipa und Coloane zugute kommen sollen.

Der Hongkonger Konzern Trafalgar Housing will in Taipa auf dem Meer abgerungenem Land eine kleine neue Stadt mit bis zu dreißigstöckigen Wohntürmen für insgesamt 36.000 Mieter errichten. Die mit Pinienwäldern bedeckte Insel Coloane soll vor allem für den Fremdenverkehr erschlossen werden: Am Strand von Hac Sa ist bis 1983 ein Country-Club samt Golfplatz und einem Hotel mit 450 Zimmern geplant. Dazu ist auf derselben Insel der Bau eines Containerhafens sowie eines Straßentunnels durch den Guia-Hüge vorgesehen, der Taipa und Coloane mit der chinesischen Grenze verbinden soll.

Im Gebiet zwischen dem Hotel Lisboa und dem Gleitboothafen, wo heute vornehmlich wilde Siedler leben, sollen Wohnblocks für 50.000 Personen samt Sportplätzen, Schulen, Grünanlagen und Parkhäusern errichtet werden. Zur Förderung des Tourismus – bislang Haupteinnahmequelle Macaos, befinden sich fünf neue Hotels im Bau und fünf weitere sind geplant.

Darüber hinaus wurden auch Projekte zur Förderung der industriellen Entwicklung ausgearbeitet. Die beiden Beijinger Staatsfirmen, die China Resources aus Hongkong und die Nam Kwang Trading Company aus Macao, wollen 900 Mio.HK\$ investieren, um in Areia Preta – nur eine halbe Meile von der chinesischen Grenze entfernt – Land für industrielle Zwecke zu erschließen. Auf der Insel Taipa sind behördlicherseits 20.400 qm Industrieland zur Verfügung gestellt worden.

Weitere Projekte sollen durch direkte Zusammenarbeit mit der benachbarten chinesischen Provinz Guangdong verwirklicht werden: Die Überlegungen Lissabons zielen auf die Finanzierung des Baus eines Kraftwerkes sowie auf die Errichtung eines Flughafens auf chinesischer Seite. Vier Brücken nach China sind ebenfalls geplant. Damit könne die Infrastruktur der Kolonie mit einer Fläche von nur 15,5 qkm verbessert werden.

Im Hinblick auf einen zu erwartenden Erdölboom im Südchinesischen Meer hofft Macao auch in dem Sinne zu profitieren, daß man dem Personal der dort beschäftigten internationalen

Olfirmen im Vergleich zu Hongkong einen preiswerten Wohnsitz anbieten kann. Erwogen wird sogar der Bau einer Raffinerie zwecks Verarbeitung von Rohöl aus China (NZZ, 19.8.81).

Seit der portugiesischen Revolution 1974 hat Macao mehr Selbstverwaltung erlangt, aber gleichzeitig hat der politische Einfluß Chinas ständig zugenommen. Kurz- oder mittelfristig hat Beijing keine Absicht, Macao zurückzunehmen. Doch wurde in der letzten Zeit die Anregung für eine volle Autonomie Macaos sowie für eine Wiederherstellung des Status quo ante Macaos als selbständiger Wahlbezirk Portugals von der kommunistischen Presse in Hongkong und Macao scharf attackiert (DGB, 31.5. und 4.6.80, 17.6.81).

TAIWAN

(35) Neue Schwierigkeiten im U-Boot-Geschäft mit den Niederlanden?

In der Ausgabe der protaiwanesischen Hongkonger Zeitschrift "Xinwen Tiandi" vom 22. August (zitiert nach DGB, 28.8.81) wurde berichtet, daß Taiwan beim Erwerb von zwei holländischen U-Booten erneut auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Im letzten Jahr hatte Taiwan bei der Rotterdamer Werft RSV (Rigin-Schelde-Verolme) zwei U-Boote, Kernkraft- und Flüssiggasanlagen im Wert von 500 Mio.US\$ bestellt. Das Geschäft, das wegen der Staatskontrolle von Waffenexporten sowie der Notwendigkeit einer öffentlichen Bürgschaft von der Regierung genehmigt werden mußte, hat den Niederlanden sowohl innerpolitisch als auch außenpolitisch große Spannungen bereitet. Das Unterhaus des niederländischen Parlaments hat die Transaktion zunächst abgelehnt und schließlich wegen der Beharrlichkeit der Regierung mit einer knappen Mehrheit bewilligt. Darüber hinaus hat das Geschäft die diplomatischen Beziehungen der Niederlande zur VR China stark belastet. Die Botschafter beider Seiten wurden zurückgerufen (vgl. C.a., November 1980, S.954 f., U 73, Dezember 1980, S.1054, 0 69, Januar 1981, S.5, 0 2 und S.31, 0 82, Februar 1981, S.89 f., 0 2, März 1981, S.173 f., 0 55). Die neuen Schwierigkeiten bei dem Geschäft sind laut obiger Meldung darauf zurückzuführen, daß die Firma RSV nun verlangt, daß Taiwan .die Bezahlung statt in holländischen Gulden (hfl) in US-Dollar vornehmen soll. Ursprünglich, als der Kurs des US\$ niedrig stand, hatte die Firma das Geschäft mit hfl rechnen wollen. Wenn Taiwan die neue Bedingung der RSV akzeptieren würde, müßte es wegen des Höhenfluges des US\$ in letzter Zeit rund 30% mehr bezahlen. Bislang hatte Taiwan nur Waffen aus den USA bezogen. Das U-Boot-Geschäft mit den Niederlanden wurde als politischer Auftakt bewertet. Deshalb nimmt der Verfasser des Berichts der Zeitschrift "Xinwen Tiandi" an, daß Taiwan den Vertrag mit der neuen Bedingung der Holländer unterzeichnen werde.

-ni-

(36) Informationsseminare über Taiwan in sieben europäischen Städten

Im September und Oktober wird eine Wirtschaftsdelegation aus Taiwan unter der Leitung des Abteilungsleiters für Außenhandel vom Wirtschaftsministerium in Taipei, H.K.Shao, eine Reihe von Informationsseminaren über Taiwan in sieben Städten von fünf europäischen Staaten veranstalten. Sie sollen Informationen über Export- und Importmöglichkeiten sowie